

Protokolleintrag vom 25.11.2009

2009/556

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.11.2009: Anstellung des Leiters Parlamentsdienste

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Linke Vetternwirtschaft:

Aus Gründen, die für die Mehrheit dieses Rates nicht ganz nachvollziehbar sind, verliess der ehemalige Leiter der Parlamentsdienste „im gegenseitigen Einverständnis“ seinen Posten. In der Folge musste diese interessante, verantwortungsvolle und durchaus auch lukrative Stelle neu ausgeschrieben werden. 119 Personen hatten sich beworben, darunter auch jene Person, die dem Gemeinderat heute als Einervorschlag einer Mehrheit des gemeinderätlichen Büros präsentiert wird.

Aus 119 durchaus valablen und grösstenteils sehr guten Kandidaten ist mit Andreas Ammann ein aktives Parlamentsmitglied aus dem Lager der herrschenden rot/grünen Mehrheit übriggeblieben. Dass das nicht einfach Zufall ist, ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse klar.

Einmal mehr wird eine Person aus den eigenen Reihen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion in der Stadtverwaltung versorgt – das ist anmassend gegenüber all jenen qualifizierten Menschen, die sich gerade in der jetzigen Zeit mit viel Mühe und wenig Aussicht auf Erfolg um eine Stelle bewerben.

Es mutet geradezu arrogant an, dem Gemeinderat als Wahlbehörde für den zukünftigen Leiter der Parlamentsdienste einen Einervorschlag, nämlich in der Person eines amtierenden SP-Gemeinderates, zu präsentieren. Dies ist Vetternwirtschaft in Reinkultur. Das Vorgehen muss als arrogant taxiert werden, weil die Hälfte der SP-Mitglieder in der vorberatenden Kommission bei der Schlussabstimmung mitmachte, wie dies der schriftliche Antrag des Büros an den Gemeinderat klar beweist.

Nach gängiger Usanz soll für diesen Posten niemals ein aktives Parlamentsmitglied berücksichtigt werden. Zu eng sind die Verflechtungen zur Wahlbehörde, entsprechend gross ist die Gefahr der Parteilichkeit beim Erbringen einer Dienstleistung, die uneingeschränkt neutral den Ratsmitgliedern aus allen Parteien zur Verfügung stehen muss. In einer solchen Konstellation ist der Filz-Vorwurf kaum zu entkräften. Das aktuelle Beispiel zeigt dies deutlich.

Gemäss Artikel 30 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wäre eine Ausstandspflicht für die ganze Fraktion der sozialdemokratischen Partei wohl gegeben. So heisst es wörtlich: „...Mitglieder des Rates, die von einem Geschäft direkt oder indirekt über mit ihnen eng verbundene Personen betroffen sind, gelten als befangen. Sie sind von den Beratungen und Abstimmungen in Kommissionen und Rat ausgeschlossen.“ Darum kümmern sich die sozialistischen Demokraten keinen Deut! Sollten Mitglieder der SP-Fraktion heute in diesem Rat mitstimmen, wird Andreas Ammann Leiter der Parlamentsdienste von Gnaden der eigenen Genossinnen und Genossen.

Die SVP verurteilt den sich mehr und mehr ausbreitenden roten Filz in der Verwaltung, der ganz offensichtlich Andersdenkende auszuschalten versucht, auf das Schärfste! Die SVP wird alles daran setzen, solche Machenschaften schonungslos aufzudecken und die Vetternwirtschaft zu stoppen!